

# Das Ende der Schutzmacht

## Was Europa nach Trumps Seitenwechsel tun muss

Von **Cornelius Friesendorf** und **Wolfgang Zellner**

US-Präsident Donald Trump und sein Team brauchten nur zwei Wochen, um eherne Prinzipien amerikanischer Außenpolitik zu zerschlagen: „Was am Freitag [dem 28.2.] im Oval Office geschah [...], war etwas, was sich noch niemals in der fast 250-jährigen Geschichte dieses Landes zuge- tragen hatte: In einem großen Krieg in Europa stellte sich unser Präsident klar auf die Seite des Aggressors, des Diktators, des Angreifers gegen den Demokraten, den Freiheitskämpfer.“<sup>1</sup> Trump und sein Vize JD Vance hatten dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj vor laufenden Fernseh- kameras Undankbarkeit und mangelnden Respekt vorgeworfen und gedroht, entweder gäbe es einen Deal „oder wir sind raus“.<sup>2</sup> Selenskyj ver- ließ das Weiße Haus, ohne, wie geplant, ein Rohstoffabkommen mit den USA zu unterzeichnen.

Rückblickend wird die Entwicklung deutlich, die zu diesem Eklat führte. Am 12. Februar hatte der neue US-Verteidigungsminister Pete Hegseth sei- nen Nato-Kollegen erklärt, dass ein Nato-Beitritt der Ukraine ebenso „unre- alistisch“ sei wie eine Rückkehr zu den Grenzen der Ukraine von vor 2014 – bevor Russland die Krim und Teile des Donbass besetzt hatte. Die Euro- päer müssten den „überwiegenden Anteil“ der Ukrainehilfe leisten, Sicher- heitsgarantien für die Ukraine außerhalb der Nato stellen und generell die „Verantwortung für die konventionelle Sicherheit auf dem Kontinent über- nehmen“.<sup>3</sup> Kurz danach wurde bekannt, dass Trump anderthalb Stunden mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin telefoniert und sich mit diesem auf den „unverzüglichen“ Beginn von Verhandlungen verständigt hatte. Auf der Münchener Sicherheitskonferenz setzte Vance noch eins drauf: In Europa seien Meinungsfreiheit und Demokratie gefährdet, „die Bedrohung von innen größer“ als die durch Russland. Vance verweigerte ein Treffen mit Bundeskanzler Olaf Scholz, traf sich aber mit der AfD-Vorsitzenden Alice Weidel.<sup>4</sup>

1 Thomas L. Friedman, This Never Happened with an American President Before, in: „New York Times“ (NYT), 28.2.2025 (alle Übersetzungen durch die Autoren).

2 Johannes Leithäuser, Sofia Dreisbach, Robert Putzbach, Stefan Locke und Friedrich Schmidt, Das Zerwürfnis, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (FAZ), 3.3.2025.

3 Vgl. Hegseth nennt eine Ukraine in den Grenzen von 2014 unrealistisch, in: FAZ, 13.2.2025.

4 Vgl. Peter Baker, Trump's Pivot Toward Putin's Russia Upends Generations of U.S. Policy, in: NYT, 18.2.2025; Walter Russell Mead, A Message to Europe from Western Disunion, in: „Wall Street Journal“ (WSJ), 17.2.2025.

Am 18. Februar begannen in der saudischen Hauptstadt Riad amerikanisch-russische Verhandlungen ohne Ukrainer und Europäer. Die US-Delegation wurde von Außenminister Marco Rubio geleitet, die russische von Außenminister Sergej Lawrow. Zur Frage der Beteiligung der Ukraine an den Verhandlungen sagte Trump: „Ich höre, dass sie sich aufregen, dass sie nicht am Tisch sitzen. Ok, sie hatten drei Jahre Zeit. [...] Sogar ein halbgarer Verhandler könnte das vor Jahren gelöst haben.“<sup>5</sup> Trump stellte ebenso wie Putin die Legitimität Selenskyjs infrage und nannte ihn einen „Diktator ohne Wahlen“.<sup>6</sup> Damit „signalisierte Mr. Trump, dass er bereit ist, Amerikas Verbündete aufzugeben, um mit dem russischen Präsidenten Wladimir W. Putin gemeinsame Sache zu machen“.<sup>7</sup> Für Trump ist nicht Putin schuld am russischen Überfall auf die Ukraine, sondern Selenskyj: „Sie hätten das niemals anfangen sollen“, sagte Trump mit Bezug auf Selenskyj, „Sie hätten einen Deal machen können.“<sup>8</sup>

### Trumps strategisches Kalkül: Russland von China trennen

Trumps Vorgehen ist kein Dilettantismus, sondern folgt einer Strategie. „US-Vertreter bezeichneten die Initiative dieses Dienstags gegenüber Moskau als kühnen Versuch, Russland von China wegzuziehen, Beziehungen zu einem nuklear bewaffneten Gegner aufzubauen und einen Krieg zu stoppen, der bereits zu mehr als einer Million Verluste geführt hat.“<sup>9</sup> Diese in den USA als „reverse Nixon“ (umgekehrter Nixon) bezeichnete Strategie folgt der Vorstellung, man könne in Umkehrung des Vorgehens von US-Präsident Richard Nixon und seines Sicherheitsberaters Henry Kissinger, denen in den frühen 1970er Jahren eine spektakuläre Annäherung an Maos China und damit eine Isolierung der Sowjetunion gelang,<sup>10</sup> nun umgekehrt Russland aus Chinas Armen befreien und damit letzteres isolieren.<sup>11</sup>

Doch damals gab es ein tiefes Schisma zwischen den beiden Hauptlagern des Weltkommunismus, Mao befürchtete einen sowjetischen Überfall. Heute dagegen gibt es für Russland keinerlei Grund, sich von China abzuwenden; der bisherige Haupteffekt der „Strategie“ liegt vielmehr darin, die USA von ihren Verbündeten zu trennen.

Diese Verbündeten und internationale Institutionen im Allgemeinen werden von Trump als lästige Hindernisse angesehen. Die EU ist für Trump ein Feind, die Nato nicht mehr vieler Mühen wert, die Ukraine ein Klotz am Bein. Anfang März suspendierte Trump jede weitere US-Militärhilfe an die Ukraine, bis diese zu einem Abkommen zu Putins/Trumps Bedingungen bereit

5 Zit. nach Peter Baker, Trump's Pivot Toward Putin's Russia..., a.a.O.

6 Peter Baker, Trump Flips the Script on the Ukraine War, Blaming Zelensky not Putin, in: NYT, 19.2.2025.

7 Peter Baker, Trump's Pivot Toward Putin's Russia..., a.a.O.

8 Ebd.

9 Michael R. Gordon, U.S. Seeks to Reset Tense Ties with Russia, in: WSJ, 18.2.2025.

10 Vgl. Henry Kissinger, China. Zwischen Tradition und Herausforderung, München 2011, Kap. 8-11.

11 Vgl. Yaroslav Trofimov, Washington's Embrace of Putin Aims to Drive Wedge Between Moscow and Beijing, in: WSJ, 21.2.2025.

sei.<sup>12</sup> Mit einem Abzug von US-Streitkräften aus Europa ist zu rechnen. Unter diesen Umständen ist die US-Beistandsverpflichtung nach Art. 5 Nato-Vertrag einschließlich der Glaubwürdigkeit der nuklearen Abschreckung starken Zweifeln ausgesetzt. Die USA haben sich vom Westen losgesagt.

Umgekehrt tat Trump alles, um Russland entgegenzukommen. Er erfüllte so gut wie alle russischen Forderungen bereits vor Verhandlungsbeginn ohne Gegenleistungen. Mit dem amerikanisch-russischen Verhandlungsformat kam er dem Großmachtanspruch Moskaus weit entgegen. Mit der Verweigerung des Nato-Beitritts der Ukraine und der Zurückweisung von territorialen Forderungen Kiews erfüllte der US-Präsident die zentralen auf die Ukraine bezogenen Forderungen Putins. Zudem spaltete er die Einheit der Nato, indem er Friedenstruppen im Rahmen des Bündnisses ablehnte. Und schließlich winkte Trump noch mit Kooperationsgewinnen: Er würde Russland gerne wieder bei der G8 sehen, auch von der Rücknahme von Sanktionen war die Rede. „Ich kann nicht glauben, dass er ein russischer Agent ist,“ so Thomas L. Friedman in der „New York Times“, „aber sicher spielt er einen im Fernsehen.“<sup>13</sup>

### Russlands territorialer Revisionismus

Das Treffen von Riad war eines „zweier großer Mächte zur Aufteilung ihrer Herrschaftsgebiete, ein moderner Wiener Kongress oder eine Konferenz von Jalta“.<sup>14</sup> Der US-Regierung geht es um eine Neujustierung der Machtverteilung zwischen den neoimperialen Zentren USA, Russland und China. Stichpunkte sind Nuklearwaffen, Handel, Zölle, Zugriff auf Rohstoffe und Territorien (Gaza, Grönland, Ukraine). Es geht um Deals zwischen (semi) autoritären Großmächten, andere stören da nur. Unter diesen Umständen ist ein gerechter Frieden, der maßgeblich von der Ukraine mitverhandelt wird, für die US-Führung keine relevante Option. Doch selbst ein stabiler Frieden ist unwahrscheinlich. Vielmehr droht ein Abkommen, das nur als Übergang zum nächsten Krieg dient.

Russland verfolgt eine Politik des territorialen Revisionismus, der nicht bei der Ukraine Halt macht. Tragfähige Erklärungen dafür integrieren verschiedene Motive, insbesondere die Konstruktion Russlands als Großmacht, die Machtverschiebungen nach dem Ende des Kalten Krieges zuungunsten Russlands und Eliteninteressen in einer personalisierten Autokratie. Eine multikausale Erklärung bieten etwa Arbeiten zur strategischen Kultur Russlands, also den sicherheitspolitischen Narrativen der politischen Elite.<sup>15</sup>

Kern der strategischen Kultur Russlands ist der Anspruch auf Großmachtstatus. Damit verbunden ist das Denken in Einflussphären und der Anspruch Moskaus auf eine Führungsrolle im postsowjetischen Raum. Außenminister

12 Vgl. Thomas Gutschker, Es wird nicht nur Nachschub fehlen, in: FAZ, 5.3.2025.

13 Thomas L. Friedman, This Never Happened with an American President Before, a.a.O.

14 Peter Baker, Trump's Pivot Toward Putin's Russia..., a.a.O.

15 Vgl. etwa: Elias Götz und Jørgen Staun, Why Russia attacked Ukraine: Strategic culture and radicalized narratives, in: „Contemporary Security Policy“, 3/2022, S. 482-497.

Lawrow sagte 2016, die Welt sei sicherer, wenn sich Großmächte auf Einflusszonen einigten, wie nach dem Wiener Kongress 1815<sup>16</sup> – eine Idee, bei der Putin und Trump erkennbar konvergieren. Doch der Versuch, Russland durch die Zuerkennung eines regionalen Vormachtanspruchs zu befrieden, würde bedeuten, die Ukraine, Moldau und andere Staaten diesem Anspruch zu opfern. Appeasement – als eine Strategie zur Befriedung revisionistischer Mächte – würde zentrale Prinzipien wie Souveränität und territoriale Integrität untergraben und den von Russland gewünschten Gang zurück ins 19. Jahrhundert bedeuten.<sup>17</sup>

Durch die Osterweiterung von EU und Nato schrumpfte der Spielraum für eine exklusive russische Einflusszone in Osteuropa, mit der Westorientierung der Ukraine sank er gegen null. Die Westbindung einer potentiell wohlhabenden Ukraine würde nicht nur Russlands regionalen Führungsanspruch gefährden, sondern gleichzeitig die russische Bedrohungswahrnehmung verstärken. Trotz Versicherungen westlicher Staaten, dass ihre Strategien nicht gegen Russland gerichtet seien, strebte Russland nach strategischer Tiefe, um gegenüber dem Westen weniger verwundbar zu sein. Damit verband sich der Großmachtanspruch Russlands mit einem Sicherheitsdilemma. Nach Charles Glaser ist der Umgang mit Staaten mit derart gemischter Motivationslage doppelt schwierig: „Selbst wenn sie sich sicher sind, dass ihr Gegner nur Sicherheit sucht, werden sie sich weiter aggressiv verhalten. Aber sie werden sich ebenfalls aggressiv verhalten, wenn sie sich unsicher fühlen. Das heutige Russland kann als erstrangiges Beispiel für ein Land mit gemischter Motivlage dienen: Es verfolgt in der Ukraine aggressive Politiken sowohl, weil es glaubt, die Ukraine sollte Teil von Russland sein, als auch, weil es sich von der Nato-Erweiterung bedroht fühlt.“<sup>18</sup>

Zu diesen beiden Hauptursachen – Großmachtanspruch und Bedrohungswahrnehmung – kommen weitere Gründe für den russischen Imperialismus im Allgemeinen und die konkrete Entscheidung für die Invasion der Ukraine.<sup>19</sup> Der wichtigste ist der Aufstieg von Geheimdienstlern und Militärs, die wie keine andere Gruppe die unheilige Dreieinigkeit aus revisionistischen Zielen, Bedrohungspereptionen und Machterhalt verkörpern.<sup>20</sup>

Damit werden die Ukraine und die westlichen Staaten bis auf weiteres leben müssen. Denn selbst wenn Putin fallen sollte, wären schnelle positive Veränderungen unwahrscheinlich. Zwar ist territorialer Revisionismus nur die extremste Form, als Großmacht aufzutreten – russische Außenpolitikexperten diskutieren auch andere Formen wie eine feindselige Koexistenz mit dem Westen oder sogar neuen Frieden.<sup>21</sup> Allerdings sind strategische Kul-

16 Ebd., S. 490.

17 Vgl. Herfried Münkler, Von Putin bis Erdoğan: Wie pazifiziert man die Revisionisten?, in: „Blätter“, 1/2023, S. 61-74.

18 Charles Glaser, Fear Factor. How to Know When You're in a Security Dilemma, in: „Foreign Affairs“, Juli/August 2024, S. 126.

19 Siehe Elias Götz und Per Ekman, Russia's war against Ukraine: Context, causes, and consequences, in: „Problems of Post-Communism“, 3/2024, S. 193-205, hier: S. 195.

20 Vgl. Catherine Belton, Putin's People: How the KGB took back Russia and then took on the West, London 2020.

21 Vgl. Andrei P. Tsygankov, Between war and peace: Russian visions of future relations with Ukraine and the West, in: „Russian Politics“, 2/2023, S. 230-246.

turen relativ stabil; ihre Deutungsmuster sind nicht nur Propaganda von Eliten, um die Bevölkerung für eigene Machtzwecke zu mobilisieren. Wer auch immer im Kreml sitzt, wird die Ukraine trotz hoher Verluste nicht einfach aufgeben.

Bisher hat sich die Ukraine gemeinsam mit den USA und Europa gegen diese russischen Zumutungen gewehrt. Mit Trumps Verrat ist Europa einschließlich der Ukraine endgültig auf sich allein gestellt, die Zeit des Selbstbetrugs – der Vorstellung, die USA würden immer für uns sorgen – ist vorbei. Europa steht vor der grundlegenden Wahl: entweder Selbstbehauptung mit allen Konsequenzen oder Unterwerfung, und zwar sowohl unter Moskau als auch unter den „Verbündeten“ in Washington.

Die Selbstbehauptung Europas kann nur mit einem umfassenden Politikansatz gelingen, der wirtschaftliche, politische und militärische Aspekte integriert. Dies wird durch die institutionelle Zersplitterung Europas – in EU, Nato und Sphären nationaler Souveränität – sowie den Aufstieg nationalistisch-populistischer Kräfte in einer Reihe von Staaten erschwert.

### Die Verhandlungen beeinflussen

Mit dem Gipfeltreffen am 2. März in London, an dem etwa 20 EU-Staats- und Regierungschefs und die Spitzen von EU und Nato teilnahmen, fingen die Europäer endlich an, relevante Vorschläge zu machen. Interessanterweise war es der Nicht-EU-Staat Großbritannien, von dem die Initiative ausging. Zum einen wollte Premier Keir Starmer das Verhältnis zu den USA wieder kitten, zum anderen mit Emmanuel Macron, Selenskyj und weiteren Willigen einen Friedensplan für die Ukraine erarbeiten und diesen Trump vorlegen. Nach Starmer müsse dieses Konzept drei Elemente enthalten: „Notwendig sei erstens, die Ukraine weiter so zu stärken, dass sie sich nicht unvorteilhaften Bedingungen unterwerfen müsse. Zweitens müssten europäische Länder bereit sein, eine militärische Absicherung mit Truppenteilen in der Ukraine zu gewährleisten. Drittens sei eine amerikanische Rückversicherung unabdingbar.“<sup>22</sup> Erneut setzte Macron die Frage einer europäischen nuklearen Abschreckung auf die Tagesordnung: „Wir haben einen Schutzschild, sie [die anderen Europäer] nicht [...] Sie können nicht länger von der nuklearen Abschreckung der USA abhängen.“<sup>23</sup> Darüber will Friedrich Merz in den Koalitionsverhandlungen mit der SPD „und auch mit unseren Partnern in Europa“<sup>24</sup> diskutieren.

Mitte März war unklar, inwieweit die europäischen Vorschläge die USA beeinflussen könnten. Nach einem Entschuldigungsbrief von Selenskyj an Trump begann am 11. März ein amerikanisch-ukrainisches Treffen in Riad. Die USA schlugen eine einmonatige Feuerpause vor, die ukrainische Dele-

22 Europäer wollen Friedensplan entwerfen, in: FAZ, 3.3.2025.

23 Zit. nach ebd.

24 „Das Beste hoffen und auf das Schlimmste vorbereiten“, Interview mit Friedrich Merz, in: „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“ (FAS), 2.3.2025.

gation stimmte dem zu, daraufhin nahmen die USA die Waffenlieferungen an die Ukraine wieder auf.<sup>25</sup> Putin stellte Bedingungen, die auf eine Ablehnung hinausliefen. Bereits zuvor hatte sich Trump mit Russlands Verhandlungsbereitschaft unzufrieden gezeigt und Moskau mit Sanktionen und Zöllen gedroht.<sup>26</sup>

Das brisanteste Element des britisch-französischen Vorschlags sind europäische Truppen in der Ukraine; Selenskyj hatte eine starke internationale Truppe von 200000 Personen gefordert, Frankreich und Großbritannien hatten eine 20000 Mann starke Abschreckungstruppe mit amerikanischer Deckung vorgeschlagen.<sup>27</sup> Der erste Vorschlag ist illusionär – woher sollte diese Truppe kommen? Der zweite ist in hohem Maße eskalationsgefährdet, denn es ist zu bezweifeln, ob eine magere 20000-Mann-Truppe die rund 500000 Mann starken russischen Truppen in der Ukraine „abschrecken“ würde. Wahrscheinlicher ist, dass Russland die Standfestigkeit der westlichen Truppe militärisch testen würde. Und was dann? Würden Frankreich und Großbritannien gegen die Atommacht Russland Krieg führen? Wäre Verlass auf den amerikanischen Beistand? Die bessere Variante ist, die Ukraine so stark hochzurüsten, dass sie sich selbst verteidigen kann.

In einem Abkommen sollte das Recht auf die Stationierung europäischer Truppen in der Ukraine jedoch enthalten sein, allein schon für Manöver. Weiter ist es unabdingbar, dass das Abkommen keinerlei Beschränkungen für Umfang und Qualität der ukrainischen Streitkräfte und für die ukrainische Rüstungsindustrie und deren westliche Partner beinhaltet. Die russische Seite wird zäh auf diesen Punkten beharren, so wie sie dies bereits bei den Verhandlungen über das sogenannte Protokoll von Istanbul vom Frühjahr 2022 getan hat.<sup>28</sup>

Fatal ist, dass sich der US-Sonderbeauftragte Steve Witkoff, der an der Verhandlungsrunde in Riad am 18. Februar teilgenommen hat, positiv auf das Istanbuler Protokoll als „Leitlinie“ bezog.<sup>29</sup> In einem der damals diskutierten Vertragsentwürfe ist eine Begrenzung der ukrainischen Streitkräfte auf 85000 Mann und 342 Panzer enthalten – das kommt einer Kapitulation gleich. Ob die Frage der Nato-Mitgliedschaft der Ukraine in diesen Verhandlungen noch beeinflussbar ist, erscheint fraglich, es sollte aber zumindest versucht werden, diese Option offenzuhalten.

Solange die Nato geeint ist und die US-Streitkräfte in Europa bleiben, kann Russland keinen Angriff auf das Bündnisgebiet wagen. Gut 100000 US-Soldaten sind in Europa stationiert,<sup>30</sup> dazu kommen im Kriegsfall bis zu 200000 Personen Verstärkung und die „strategischen Befähiger“ der USA

25 Andrew A. Kramer und Alan Rappeport, Ukraine Supports 30-Day Cease-Fire as U.S. Says It Will Resume Military Aid, in: NYT, 11.3.2025.

26 Vgl. Erica L. Green, Trump ‚Strongly Considering‘ New Sanctions on Russia to Force Cease-Fire Deal, in: NYT, 7.3.2025.

27 Vgl. Konrad Schuller, Kommt eine Ukraine-Friedenstruppe?, in: FAS, 2.2.2025.

28 Vgl. Wolfgang Zellner, Frieden in der Ukraine: Der lange Weg zu Verhandlungen, in: „Blätter“, 4/2023, S. 87-96, hier S. 91f..

29 Institute for the Study of the War, Fact Sheet: Istanbul Protocol Draft Document of April 15, 2022, 24.2.2025.

30 Vgl. The International Institute for Strategic Studies, Military Balance 2025, London 2025, S. 48-50.

– Lufttransport, Satellitenaufklärung, Luftverteidigung, Logistik, Führungseinrichtungen.<sup>31</sup> Zusammen bilden sie das Rückgrat der europäischen Verteidigung. Für Nordeuropa hat die „Swedish Defence Research Agency“ (FOI) Folgendes vorgerechnet: Nach dem Nato Force Model haben sich die relevanten zwölf Staaten verpflichtet, im Verteidigungsfall binnen 30 Tagen Streitkräfte von 300 000 Personen zu stellen. In Wirklichkeit sind sie aber nur in der Lage, die Hälfte davon zu stellen, davon wiederum sind 45 Prozent US-Streitkräfte. Das heißt, dass die Europäer im Falle eines US-Truppenabzugs mit etwa einem Drittel der erforderlichen Kräfte dastehen bzw. dass Streitkräfte im Umfang von rund 200 000 Personen fehlen.<sup>32</sup>

### Die konventionelle Abschreckung von Nato-Europa stärken

Ein Abzug der US-Truppen, der lange als unwahrscheinlich galt, ist nun jederzeit möglich. Dies würde in Moskau mit Sicherheit als Relativierung der amerikanischen Art. 5-Beistandsverpflichtung interpretiert werden. Russland hat in der Ukraine etwa 50 Prozent seiner Panzer und gepanzerten Fahrzeuge verloren<sup>33</sup> und wird einige Jahre brauchen, um seine Bestände wieder aufzufüllen. Auch der Personalbestand der russischen Streitkräfte soll von 1,134 auf 1,5 Millionen Personen erhöht werden.<sup>34</sup> In der Ukraine sind derzeit – nach unterschiedlichen Angaben – 450 000 bzw. 580 000 russische Soldaten eingesetzt.<sup>35</sup> Sobald die russischen Streitkräfte rekonstituiert sind (und wir reden hier von wenigen Jahren), spricht aus Putins Sicht wenig dagegen, die Ukraine – Abkommen hin oder her – oder Nato-Staaten militärisch zu testen.

Vor diesem Hintergrund hat die Nato ihre Streitkräfteziele von bisher rund 80 auf 130 Heeresbrigaden zu je etwa 5000 Personen angehoben. Davon würden fünf oder sechs auf die Bundeswehr entfallen, zusätzlich zur geltenden Bundeswehrplanung. Nato-Generalsekretär Mark Rutte rechnete dafür mit Ausgaben in Höhe von 3,6 oder 3,7 Prozent des BIP.<sup>36</sup> Zu ähnlichen Ergebnissen kommt eine Studie des Kieler Instituts für Weltwirtschaft. Diese geht davon aus, dass die rund 100 000 Personen starken US-Truppen aus Europa abgezogen werden, dass dann die im Kriegsfall vorgesehenen US-Verstärkungen in Höhe von 200 000 Personen entfallen und dass beides durch 50 neue europäische Heeresbrigaden zu Kosten von etwa 3,5 Prozent BIP ersetzt werden müsste.<sup>37</sup>

31 Vgl. Alexandr Burilkov und Guntram Wolff, Europa ohne die USA verteidigen: eine erste Analyse, was gebraucht wird, Februar 2025 (Kiel Policy Brief No. 183), S. 5.

32 Vgl. Albin Aronsson, Eva Hagström Frisell, Jakob Gustavsson, Robert Dalsjö und Karl Agell, Western Military Capability in Northern Europe 2024. Part III: Nato's Strategy for Deterrence and Defence towards 2030 – Matching Ambition and Capabilities, November 2024, S. 56/57. Die zwölf für den Norden Europas relevanten Staaten sind Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Großbritannien, Frankreich, Deutschland und die USA.

33 Vgl. James Marson, Jane Lytvynenko und Andrew Barnett, Russia's Advance in Ukraine Is Slowing: Here's What's Happening and Why, in: WSJ, 16.2.2025.

34 Vgl. Military Balance 2025, S. 180, 157.

35 Vgl. Military Balance 2025, S. 196; Jack Watlin, As the US walks away, Europe needs to step up for Ukraine. But does it have the will?, in: „The Observer“, 16.2.2025.

36 Vgl. Thomas Gutschker, Nördlich von drei Prozent, in: FAZ, 20.1.2025.

37 Vgl. Alexandr Burilkov und Guntram Wolff, Europa ohne die USA verteidigen, a.a.O.

Von den drei Großverbänden der Bundeswehr ist lediglich die „Division 2025“ annähernd einsatzbereit, bei den anderen fehlen Ausrüstung und Personal.<sup>38</sup> Heeresinspekteur Alfons Mais wies darauf hin, „dass wir im Heer immer noch ein ganzes Stück weit von materieller Vollausrüstung der Truppe entfernt sind und dass der personelle Befüllungsstand querschnittlich nur 80 Prozent beträgt“, und dass erst mit „der Realisierung des Sondervermögens [...] die materielle Ausstattung der Division 2027 möglich“<sup>39</sup> sein wird. Das wird noch Jahre dauern.

Um die notwendige schnelle Aufrüstung zu ermöglichen, ist ein rasches Aufwachsen des Verteidigungshaushalts auf etwa 130 Mrd. Euro, entsprechend etwa 3,5 Prozent des BIP erforderlich. Da der Bundestag am 18. März mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD und Grünen ein Sondervermögen Verteidigung in Höhe von 400 Mrd. Euro einrichtete, ist der Finanzbedarf bis Ende des Jahrzehnts gedeckt. Auf europäischer Ebene müssten die Schuldenregeln geändert und zusätzliche Mittel bereitgestellt werden; Letzteres hat ein EU-Sondergipfel am 6. März bereits beschlossen. Und schließlich muss die europäische Rüstungsindustrie in größerem Maßstab aufgestellt und rationalisiert werden: kostengünstigere Großserienfertigung einiger weniger Typen; Orientierung an Zukunftstechnologien; keine Wiederauflage veralteter Panzerarmeen.

Die europäische Verteidigung sollte als Koalition der Willigen im Nato-Rahmen organisiert werden. Die EU ist dafür ungeeignet, weil sie Großbritannien und Norwegen ausschließt, aber die Russland-Freunde Ungarn und Slowakei als Mitglieder hat, die mit ihrem Veto jegliche Beschlüsse blockieren können. Zudem verfügt die EU im Unterschied zur Nato über keine militärische Infrastruktur. Die Europäer sollten in der Nato mit den USA zusammenarbeiten, solange das geht, und sukzessive die Nato-Strukturen übernehmen.

Die kommende Aufrüstung bringt erhebliche Eskalations- und Stabilitätsrisiken mit sich, die durch Rüstungskontrolle eingehegt werden können. Mittelfristig denkt Trump daran, mit Russland und China trilaterale Gespräche über die Begrenzung strategischer Atomwaffen aufzunehmen.<sup>40</sup> Im europäischen Interesse liegt es, die konventionellen *Long Range Strike*-Waffen (Cruise Missiles, ballistische Raketen und sogenannte Hyperschallgleiter), über die Russland und China bereits verfügen, und die die US- und die Bundesregierung ab 2026 auch in Deutschland stationieren wollen, ebenfalls zu begrenzen oder besser noch zu beseitigen.<sup>41</sup>

Trump will Russland nicht nur in die G8 zurückholen und womöglich Sanktionen aufheben, gesprochen wird auch schon von den Möglichkeiten, die sich amerikanischen Energie- und Rohstoffkonzernen in Russland und in

38 10. Panzerdivision (Division 2025), 1. Panzerdivision (Division 2027) und Division Schnelle Kräfte mit je 3-4 Brigaden in stark unterschiedlicher Größe und personeller Auffüllung; bundeswehr.de.

39 Großverbände stärken! Interview mit Generalleutnant Alfons Mais, Inspekteur des Heeres, in: „Wehrtechnik“, 1/2025, S. 45-48, hier: S. 47/48.

40 Vgl. Majid Sattar und Friedrich Schmidt, Trumps Deal mit Putin, in: FAZ, 15.2.2025.

41 Für eine ausführlichere Diskussion von Rüstungskontroll-Optionen siehe: Wolfgang Zellner, Conventional arms control during wartime, in ceasefire and post-conflict situations, Wien 2025 (FES Regional Office for International Cooperation).



den von Russland besetzten Gebieten der Ukraine bieten. Das würde darauf hinauslaufen, die (relative) internationale Isolierung Russlands weitgehend aufzuheben. Das mag im Interesse des Dealmakers Trump liegen. Aber im europäischen Interesse liegt es schon deshalb nicht, weil es der Konsolidierung der russischen Militärmacht dient, mit der es Europa möglicherweise bald wieder zu tun haben wird. Im Folgenden sollen Möglichkeiten und Grenzen einer Kooperation mit Russland vor allem für jene Fragen erörtert werden, die einen Bezug zum Krieg in der Ukraine haben.

### **Eigenständig denken und handeln**

Eine Wiederezulassung Russlands in die G8 wäre gleichbedeutend mit dessen Relegitimierung und damit zumindest mit einem Verdrängen der von Russland in der Ukraine begangenen Verbrechen. Deshalb sollten sich die Europäer einem solchen Schritt widersetzen. Eine G8 mit russischer Beteiligung ganz zu verlassen ginge jedoch zu weit und würde die europäischen Staaten einer wichtigen Plattform berauben, um eigene Interessen vorzutragen.

Es ist zu erwarten, dass die Trump-Regierung bereit sein wird, die Sanktionen gegen Russland weitestgehend abzubauen. Dem sollten sich die europäischen Staaten in Tempo und Umfang nicht unbedingt anschließen. Sanktionen für Güter, die im weitesten Sinne für die Rüstungsproduktion wichtig sind, sollten beibehalten werden. Zudem sollten die Europäer vermeiden, in relevantem Umfang wieder Gas- und Ölimporte aus Russland aufzunehmen und sich erneut in eine energetische Abhängigkeit zu begeben. Geschäfte mit Firmen in den von Russland besetzten Gebieten der Ukraine sollten auf jeden Fall sanktioniert werden.

Ein besonders strittiger Punkt wird die Verwendung der von westlichen Staaten eingefrorenen russischen Finanzguthaben sein (dabei geht es in der EU um 210 Mrd. Euro). Solange Russland keine substantielle Wiedergutmachung an die Ukraine geleistet hat, sollten die EU-Staaten diese Mittel nicht an Russland zurückgeben, sondern sie entweder in Gänze oder aber mindestens ihre Zinserträge für den Wiederaufbau in der Ukraine verwenden.

In Fragen von globaler Bedeutung, etwa dem Kampf gegen die Erderwärmung, sollten Gesprächskanäle und Kooperationsangebote gegenüber Russland in multilateralen Foren aufrechterhalten werden. Der Ausschluss Russlands etwa aus dem Arktischen Rat oder der OSZE oder eine Politik der Nichtkooperation im UN-Rahmen wären unklug: Die Kosten (weniger Klimaschutz) wären höher als der Gewinn (die Isolation Russlands). Klüger wäre, dem russischen „alternativen“ Klimadiskurs zu widersprechen. Multilaterale Foren bieten auch die Chance, Russland von den Vorteilen grüner Energiegewinnung zu überzeugen. Russland hat ein enormes Potential für grüne Transformation, etwa durch Windkraft.

Die neue Bundesregierung sollte eine kohärente Russlandstrategie entwerfen, die Abschreckung und Verteidigung priorisiert, aber mit Dialog und Kooperation verbindet, ohne nostalgisch auf die historische Entspannungs-

politik oder die gescheiterte Strategie kooperativer Sicherheit zu schielen. Seit dem Ersten Weltkrieg kümmern sich die USA mit Unterbrechungen, seit dem Zweiten Weltkrieg ununterbrochen um die Sicherheit und Stabilität Europas. Nach 1945 haben die Europäer und insbesondere die Deutschen amerikanische Politikkonzepte von der Rüstungskontrolle bis zur Entspannungspolitik nachvollzogen. Eigenständiges außenpolitisches Denken war nicht nötig, Ausnahmen in Frankreich und Großbritannien sind Folgen imperialer Vergangenheit. Aber jetzt ist das gefragt: Interessen zu definieren gegenüber Freund und Feind, Weltpolitik zu betreiben in unübersichtlichen Zeiten. Werte sind Teil europäischer Interessensignatur, aber eine wertebasierte Außenpolitik ersetzt nicht die weitaus größere Mühe, die eigenen Interessen zu bestimmen.

Die EU ist die größte Handelsmacht der Welt, ihr wirtschaftliches Leistungsvolumen ist zehnmal so groß wie dasjenige Russlands; Europa ist immer noch der globale Vorreiter der Klimawende. Dies alles verdammt die EU und ihre Mitgliedstaaten zu einer Weltpolitik, die den Anspruch, auf festen und transparenten Regeln zu gründen, nicht aufgegeben hat, aber weiß, dass dies heute global eher eine Minderheitenposition darstellt.

Konkret stehen die Europäer vor drei großen Herausforderungen: Erstens Russland abzuschrecken und damit den Krieg zu verhindern, den Putin führen würde, wenn er ihn zu gewinnen können glaubt. Das sollte nach der Erfahrung des Kalten Krieges noch am leichtesten fallen. Und doch haben die Europäer erst im allerletzten Moment kapiert, wie prekär die Lage ist. Zweitens mit den USA weiter zusammenzuarbeiten, so gut das geht, und zu versuchen, den „Westen“ aufrechtzuerhalten, wohl wissend, dass dies scheitern kann und aus Freunden Gegner werden können. Und drittens mit einer Vielzahl von Ländern zu kooperieren, zu denen wir Jahrzehnte lang kein aktives Verhältnis hatten – Brasilien, Indien, Indonesien, Südafrika sind prominente Beispiele. Dies alles erfordert mehr Selbstvertrauen, als Europa es gewohnt ist. Wir werden sehr viel lernen müssen – und zwar sehr schnell.